Deutschland Manifest

Deutschlandkonferenz Gold-Rot-Schwarz

Aufbruch 2012

«Der Weg in die Freiheit aus dem Zustand tiefster Erniedrigung: Manifest zur tatsächlichen Neuordnung Deutschlands»

Vorschlag: Michael Friedrich Vogt

Aufbruch zur Freiheit

„Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen!“ Diese Erkenntnis von Friedrich von Schiller ist ebenso treffend für die Zeit der Freiheitskriege wie für die heutige. Galt es im Zuge der Befreiungskriege gegen den napoleonischen Imperialismus vor rund 200 Jahren, Einheit und Freiheit Deutschlands zu schaffen und gegen den herrschenden Fürstenpartikularismus und Separatismus und vor allem die Haltung des Verrats deutscher Fürsten, mit dem militärischen Gegner der deutschen Länder und der Reichsidee gemeinsame Sache um des eigenen Vorteils Willen zu machen, durchzusetzen, so geht es heute angesichts der „Selbstabschaffung“ (Sarrazin) Deutschlands, der immer klarere Formen annehmenden EU-Diktatur und der Bedrohung und Einschränkung von Freiheits- und Menschenrechten um einen vergleichbaren Auftrag. Der „Mut vor Fürstenthronen“ ist wie damals auch heute wieder gefragt. Und das ist – heute wie damals – unbequem, ein steiniger Weg und ein Kampf nicht nur gegen die Herrschenden, sondern auch gegen die leider als mentale Deformation in Deutschland weit verbreitete Blockwart-, Stasi- und Political-Correctness-Denunziantenmentalität.

Es wird also Blessuren geben. Ein Kämpfer für die Freiheit unseres Landes

sollte nur der sein, wer sich diesem Kampf nicht entziehen will. Wer den Weg der Anpassung und des Appeasements an die Herrschenden beschreiten will, kann dies als braver Bürger und Biedermann gerne tun. Ein Kämpfer ist er nicht. Und wer glaubt, daß ein Ende der Kritik an unseren Idee der tatsächlichen Neuordnung und einer fundamentalen Systemkritik dann einsetzt, wenn man sich nur schön brav verhalten hat, irrt, weil in der mentalen Vernichtungsmentalität der PC-Aufpasser nur der ein braver Bürger ist, der seine Ideale komplett abgelegt (= verraten) hat.

Der Kampf um die Freiheit – und die Feinde der Freiheit

„Kein Mensch bekämpft die Freiheit; er bekämpft höchstens die Freiheit des andern. Jede Art der Freiheit hat daher immer existiert. Die Frage hat jetzt erst *(und heute wieder d. Verf.)* einen konsequenten Sinn erhalten. Es fragt sich nicht, ob die Preßfreiheit existieren solle, denn sie existiert immer. Es fragt sich, ob die Preßfreiheit das Privilegium einzelner Menschen oder ob sie das Privilegium des menschlichen Geistes ist? Es fragt sich, ob die »Freiheit des Geistes« mehr Recht hat als »die Freiheit gegen den Geist«?“ Karl Marx hat hier 1842 den revolutionären Freiheitsbegriff bestens beschrieben als eine Freiheit an sich (Kant) und als eine unbedingte Freiheit des Geistes im Sinne eines Naturrechts und als eine Freiheit wider die „Freiheit“ gegen den Geist.

Heute haben wir eine garantierte Pressefreiheit – aber keine freie Presse. Die Konzentration der Presse in ganz wenigen Händen, die politische Kontrolle der Presse durch „Landesmedienanstalten“ und der vorauseilende Gehorsam der Journalisten gegenüber Verleger- und Politikmeinung schaffen eine in sämtlichen wesentlichen Punkten der Politik gleichgeschaltete (Augstein) Presse. Dazu bedarf es keinen Staatsterror, sondern es reichen Eigentumsverhältnisse und der Politik-Medien-Filz, der keine von den Sprechblasen der Politiker abweichende Meinung zu Worte kommen läßt. Während der 68-er Kritik an der Macht der Springerpresse hatte man das (offenkundig nur kurzfristig) begriffen. Die Kritiker von damals sind die Repressiven von heute und bedienen sich heute in exakt der damals kritisierten Form des Diffamierungsinstruments der Mainstreammedien – inkl. der einst so kritisierten Springerpresse.

Und so mutiert der richtige Marx’sche Satz „Die herrschende Geschichtsschreibung ist die Geschichtsschreibung der Herrschenden“ zur

Realität der Mediengesellschaft: „Die herrschende Berichterstattung ist die Berichterstattung der Herrschenden.“

Die Abhängigkeit der Presse vom Kapital ist nichts Neues und hat sich bis heute nicht geändert, erinnert doch eine späte Einsicht eines alternden Chefredakteurs aus dem Jahre 1880 fatal an die Lage von heute. John Swinton, der damalige Chefredakteur der New York Times, sagte anläßlich der Feier zu seiner Verabschiedung: „Bis zum heutigen Tag gibt es so etwas wie eine unabhängige Presse in der Weltgeschichte nicht. Ich werde jede Woche dafür bezahlt, meine ehrliche Meinung aus der Zeitung herauszuhalten, bei der ich angestellt bin. Wenn ich meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung veröffentlichen würde, wäre ich meine Stellung innerhalb von 24 Stunden los. Es ist das Geschäft der Journalisten, die Wahrheit zu zerstören, unumwunden zu lügen, zu pervertieren, zu verleumden, die Füße des Mammon zu lecken und das Land zu verkaufen für ihr tägliches Brot. Wir sind die Werkzeuge und Vasallen der reichen Männer hinter der Szene. Wir sind intellektuelle Prostituierte.“

Und heute? In der Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ in Sachen Pressefreiheit liegt die BRD nur auf Rang 16 und damit einen Platz vor der Bananenrepublik Costa Rica.

Und „Freedom House“ stellt in einer jüngsten Erhebung in puncto Internetzensur fest: „Deutsche Behörden machen intensiv von der Möglichkeit Gebrauch, Inhalte nachträglich durch Google entfernen zu lassen.“ Dabei beruft sich „Freedom House“ auf von Google selbst im Jahr 2010 veröffentlichte Daten. Weltweit rangiere Deutschland im Zensieren nach Brasilien auf dem zweiten Platz (von insgesamt 37 untersuchten Staaten), bekommt also die Zensursilbermedaille. 188 Mal hätten deutsche Behörden um nachträgliche Zensur gebeten. Andere europäische Staaten seien weit weniger zensurfreudig. Nach Deutschland seien die meisten Anfragen aus England (59), Italien (57) und Spanien (32) gekommen. Willkommen in der Freiheit Europas!

Ein Land, in dem das Parlament ernsthaft plant, selbst bei seinen eigenen, in der absoluten Mehrheit ohnehin säuberlich ausgewählten und auf Linientreue gesiebten Bundestagabgeordneten nur noch denen das Rederecht zu erteilen, die von der Fraktionsspitze abgesegnet sind, wodurch der Bundestag komplett

gleichgeschaltet zu werden droht, und ein Land, in dem die kapitalistische Einheitspartei (Popp) „CSUCDUFDPSPDBündes90/Die Grünen“ den Grundgesetzartikel 93 (Recht des Bürgers, Klage vor dem Verfassungsgericht zu erheben) einschränken möchte und Ende März 2012 einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht hat, und ein Land, in dem das Parlament in allen entscheidenden Fragen umgekehrt proportional zum Volkswillen entscheidet, hat in Sachen Unterdrückung und Zerstörung von Freiheit die Maske fallen gelassen.

Die BRD hat sich längst zu einem unfreien und in vielen Bereichen faschistoiden und totalitären System entwickelt. Das „Human Rights Committee“ der Vereinten Nationen hat im Juli 2011 festgestellt: „Freedom of opinion and freedom of expression are indispensable conditions for the full development of the person.” Und weiter: “This implies a free press and other media able to comment on public issues and to inform public opinion without censorship or restraint.” Und u. a. im Hinblick auf die BRD folgt dann folgende unmißverständliche Aussage: „Laws that penalise the expression of opinions about historical facts are incompatible with the obligations that the Covenant imposes on States parties in relation to the respect for freedom of opinion and expression.” Auf diese klare Rüge des „Human Rights Committee“ ist hierzulande bislang nichts erfolgt.

Als der Freiheit Verpflichtete antworten wir auf die Unterdrückungsmanie des herrschenden Systems mit Karl Marx: „Je mehr Dämme ihr der Wahrheit entgegenwerft, eine um so tüchtigere Wahrheit erhaltet ihr! Immer zugedämmt!“ ("Debatten über Preßfreiheit“, 1842)

Das Recht auf Widerstand

Und wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht (Brecht). Art. 20 GG Absatz 4 gewährt jedem Deutschen ein Recht auf Widerstand: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Dieses Recht als moralische Pflicht greift dann, wenn z. B. staatliche Organe die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes an Brüssel abtreten und damit fremder Gewalt unterwerfen (wollen), wenn Rede-, Meinungs-, Wissenschafts- und Pressefreiheit und andere Freiheitsrechte untergraben werden und wenn z. B. andere grundgesetzlich geregelte Bestimmungen wie z. B., daß die Armee nur

zur Landesverteidigung eingesetzt werden darf, verletzt oder ständig ignoriert werden.

Für uns gilt ein unbedingter und naturrechtlicher Freiheitsbegriff im Sinne René Descartes: „Ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich würde mein Leben dafür geben, daß Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen.“ Und mit dieser Freiheitsposition sind wir im Konflikt mit dem politischen System der BRD, und zwar in zunehmender Art und Weise.

Die unbedingte und bedingungslose Freiheitsposition impliziert stets auch die Freiheit des Andersdenkenden (Luxemburg). Das schließt jede Denunziation wegen „falscher“ Meinung ebenso aus, wie es im Zweifelsfall ein hartes Ringen um den richtigen Weg impliziert. Auch „abwegige“ Meinungen sind zulässig und können nicht allen Ernstes Gegenstand von Bestrafungen oder Aburteilungen oder einer Forderung nach Selbstkritik à la totalitärer Systeme sein. Wer eine andere Position zu einem Sachverhalt hat, kann diese vortragen und Kritik äußern. Aber unliebsame Äußerungen zum Gegenstand von Bestrafungen und einem Meinungskuratel zu machen, zeigt nur, daß der totalitäre Virus der BRD schon übergesprungen ist. Freiheit der Presse und Freiheit von Wissenschaft und Meinung schließen das Recht auf abwegige und auch falsche Positionen uneingeschränkt mit ein.

Rassismus im PC-Gewande

Der in der Debatte zur Zeitgeschichte oft zum Ausdruck kommende umgekehrte Rassismus (wenn etwas/jemand Deutsche tötet, ist das egal, ja gut) ist das eigentliche und tiefere Problem des Themas. Millionen Zivilisten zu ermorden, um sie von einem Diktator zu „befreien“, wie dies im Irak seitens des Westens als Selbstverständlichkeit hingenommen und moralisch vertretbar verteidigt wird, wird als inzwischen normale Vorgehensweise akzeptiert anstatt sie als Akt des kriminellen und verbrecherischen Wahnsinns zu kritisieren. (Die Iraker, Afghanen, Libyer und inzwischen die Syrer erleben eine Neuauflage dieses Massenmordwahnsinns ganz aktuell.)

Der diesem Denken zugrunde liegende Rassismus zeigte sich auch in der „Debatte“ (wieder einmal komplett gleichgeschalteten Medien und Politik) um Günter Grass, der Opfer derselben Hetzjagd wurde, weil er sich gegen diesen PC-Rassismus gewendet hat. Antigermanismus/Antideutschtum wie Philosemitismus sind in Wahrheit beides purer Rassismus, weil hier eines

deutlich wird: Deutsche Opfer sind, weil eben "nur" Deutsche kein Problem bzw. sogar hochwillkommen. (Und so ergeht es heute in Gaza den Palästinensern bzw., wenn es nach Wunsch der faschistischen israelischen Regierung geht, künftig auch Syrern und Iranern.)

Grass hat den Finger auf die Wunde gelegt: „Jetzt aber, weil aus meinem Land, (…), ein weiteres U-Boot nach Israel geliefert werden soll, dessen Spezialität darin besteht, allesvernichtende Sprengköpfe dorthin lenken zu können, wo die Existenz einer einzigen Atombombe unbewiesen ist, doch als Befürchtung von Beweiskraft sein will, sage ich, was gesagt werden muß. (…) Warum sage ich jetzt erst, gealtert und mit letzter Tinte: Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden? Weil gesagt werden muß, was schon morgen zu spät sein könnte; auch weil wir - als Deutsche belastet genug - Zulieferer eines Verbrechens werden könnten, das voraussehbar ist, weshalb unsere Mitschuld durch keine der üblichen Ausreden zu tilgen wäre.“

Eine Politik, die sich an einem Holocaust am iranischen Volk beteiligt, in dem sie die Waffen liefert, wird dafür einst zur Rechenschaft gezogen werden. Und keiner kann sich hinstellen und sagen: „Das habe ich nicht gewußt.“ Bush und Blair sind inzwischen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom obersten Gericht in Malaysia abgeurteilt worden. Das steht bei Obama noch aus. Und den „Mitläufern“ und Helfershelfern in unterschiedlichen Graduierungen von Schröder über Fischer, Merkel und Steinmeier bis Westerwelle wird und muß einst dasselbe drohen.

Für Vertreter von Freiheit und Menschenrechte und Humanität kann die moralische und menschliche Distanz zu den Vertretern dieses Systems und dieser Politik gar nicht groß genug sein. Und daher ist es einerseits klar, daß, wer sich heute eben gegen eines dieser Paradigmen des PC-Rassismus’ wendet, die volle PC-Keule abbekommt (wundervoll nachzulesen in: "Das elfte Gebot: Israel darf alles: Klartexte über Antisemitismus und Israelkritik“ von Evelyn Hecht-Galinski, der Tochter des verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland), und daß dies aber andererseits uns völlig gleichgültig ist, gleichgültig sein muß. Alles, was als Kritik aus der PC-Richtung kommt, kann freiheitliches Denken weder beeinflussen noch erschrecken. Lob ist nicht zu erwarten (wäre auch ein Indikator, daß wir etwas falsch machen) und eine echte und ehrliche Kritik im Sinne eines Diskurses auch nicht. Und da es stets nur um Diffamierung und Diskreditierung geht, kann

man nur das machen, was sich mit dem Mainstreammedien ohnehin anbietet: ignorieren und sich nicht deren Probleme und Debatten aufschwätzen lassen.

Anbiederung zwecklos

Wer glaubt, daß man mit einer national- und sozialrevolutionären wie freiheitlichen Tradition in einem System um sich greifender Blockwartmentalität der Politischen Korrektheit Lob vom Mainstream bekommen kann, ist ein Phantast. Das Feindbild „unabhängiger und freidenkender Bürger“ ist systembedingt. Entweder man ist einer und steht damit in besagter Tradition und wird zum Ziel von Haß und Häme, Spott und Schmäh, oder man ist keiner. Anbiederung führt zur Adaption der Diffamierungs- und Blockwartmentalität, der Recherche und Wahrheit gleichgültig ist und bei der die Lüge übliches Instrument und die menschliche Diskreditierung bis zur ökonomischen Vernichtung „normale“ Verhaltensweise wird.

Dies alles beschrieb – geradezu gespenstisch aktuell – schon Alexandre de Tocqueville nach einer USA-Reise im Jahre 1835: „In den demokratischen Republiken geht die Tyrannei anders zu Werk; sie geht unmittelbar auf den Geist los. Der Machthaber sagt hier nicht: ‚Du denkst wie ich, oder Du stirbst‘. Er sagt: ‚Du hast die Freiheit, nicht zu denken wie ich, aber von dem Tag an bist Du ein Fremder unter uns. Du wirst Deine Bürgerrechte behalten, aber es wird Dir nichts mehr nützen. Du wirst unter Menschen wohnen, aber Deine Rechte auf menschlichen Umgang verlieren. Wenn Du Dich einem unter Deinesgleichen nähern willst, so wird er Dich fliehen wie einen Aussätzigen; sogar wer an Deine Unschuld glaubt, wird Dich verlassen, sonst meidet man auch ihn. Gehe hin in Frieden, ich lasse Dir das Leben, aber es ist schlimmer als der Tod.’“

Freidenker und das heutige politische Parteiensystem, an dem unser Land und Staat und Recht zugrunde geht (von Arnim), sind unvereinbar. Ein wirklicher Freidenker ist heute im Widerstand gegen ein Unrechtsystem und die Parteiendiktatur (von Arnim, Schachtschneider) der Systemparteien im Bund und den Ländern.

Und von daher bleiben Konflikte mit den Vollzugorganen der Unterdrückung, politischen Instrumenten der Mächtigen (Knütter) nicht aus. Wer sich davon beeindrucken läßt, hat übersehen, daß wir in einer vorrevolutionären Zeit leben. Anpassung ist zwecklos. Hier kann nur gelten: „Hier stehe ich. Ich kann

nichts anders.“

Vaterland & Nation

Der deutsche Nationsbegriff geht – ganz anders als der romanische Begriff – von der Einheit von Sprache, Kultur und Abstammung aus. Dieses Nationsverständnis (Arndt, Fichte, Körner, Kleist) in Verbindung mit der Reichsidee möchte die Deutschen („Soweit die deutsche Zunge klingt“) aus der Zersplitterung des fürstlichen Absolutismus in einem Land vereinen. Diese Einheit von Reichsidee und Nation ist – und auch das ist ganz anders als bei z. B. den romanischen Ländern – sich selbst genügend, nicht aggressiv und nicht imperialistisch. Das ist das Besondere an dem unbedingten und zugleich humanistischen Patriotismus der Deutschen – und hat natürlich nichts mit der chauvinistischen und imperialistischen Deformation dieses Gedankens zu tun, den deutscherseits natürlich auch ebenso gegeben hat wie einen spalterischen und die Nation schädigenden Separatismus (z. B. rheinischer Separatismus Adenauers et al.) oder ein Aufgehen in imperialistischen Militärbündnissen, wie das BRD in NATO und die DDR im Warschauer Pakt betrieben haben bzw. noch heute betreiben.

Der unbedingte Patriotismus damaliger Zeit steht ebenso unbedingt für sein Land ein wie er sich ebenso unbedingt in keiner Weise gegen an anderes wendet. Das war die Basis der Bismarck’schen Politik des „ehrlichen Maklers“ eines Deutschen Reiches, das keine territorialen Forderungen hatte.

Dieser Vaterlands- und Nationsbegriff macht das freiheitliche, das demokratische und plebiszitäre Element als untrennbare Bestandteile deutlich. Freiheit und Vaterland sind zwei Seiten einer Medaille.

Einheit von Kultur, Sprache, Geschichte und Abstammung

Der deutsche Nationsbegriff umfaßt die Sprache, die Kultur und die Abstammung. Während für den Spanier der Baske und der Katalane als Spanier gilt (nicht so für den Basken und Katalanen, natürlich) und für den Franzosen der Korse als Franzose (nicht so für den Korsen) und für den Britten der Schotte, der Nordire und der Waliser als Britten (und zunehmend nicht mehr so für Schotten, Waliser und Nordiren), für den Italiener der Südtiroler als Italiener gilt (nicht so für den Südtiroler), sich hier also Staat oder Reich nicht mit den Nationen decken, impliziert der deutsche Nationsbegriff als Idee immer

die Einheit von Sprache, Kultur und Abstammung mit dem Staat/Reich.

Politisch in der Außenwirkung bedeutet das, daß sich der deutsche Nationsbegriff gegen keine andere Nation richtet und nur auf der Basis des urdemokratischen Selbstbestimmungsrechts der Völker die Einheit von Nation und Staat anstrebt. Dieser Nationsbegriff ist antiimperialistisch und basiert auf dem Naturrecht eines jeden Volkes, in einem Staatsgebilde zu leben.

Politisch in der Innenwirkung bedeutet dieser volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff, daß neben Kultur und Sprache die Abstammung zentraler Bestandteil des Nationsbegriffs ist, was wieder ein Unterschied zum romanischen oder angelsächsischen Verständnis ausmacht. Für London ist der Schotte, für Paris der Nordbaske, für Madrid der Katalane Angehöriger der jeweiligen Nation. Für den Deutschen ist der Sorbe, der Däne in Nordschleswig ein Angehöriger einer nichtdeutschen Minderheit auf deutschem Boden. Daran ändert ein deutscher Paß gar nichts.

Als unbedingte Patrioten anerkennen und schützen wir diese Menschen einer anderen Nation auf deutschem Boden, ohne aus ihnen Deutsche machen zu wollen und – nach dem deutschen Nationsverständnis – machen zu können. Umgekehrt sind z. B. Rußlanddeutsche oder Angehörige der deutsche Minderheiten in Schlesien oder Königsberg oder Teilen des Sudentenlandes trotz ihrer russischen, polnischen oder tschechischen Pässe nach deutschem Nationsbegriff Deutsche (Einheit von Kultur, Sprache und Abstammung) – und werden im Übrigen auch seitens der BRD (Aussiedler) auch so behandelt.

Und selbst ein Fehlen z. B. der Sprache (jahrzehntelang durften Deutsche in der UdSSR ihre Sprache nicht sprechen, hat man die Elsässer französisiert) ist nach deutschem und burschenschaftlichem Verständnis ein Deutscher, der von Abstammung und Kultur her Deutscher ist auch dann ein solcher, wenn er/sie kein Deutsch spricht. Abstammung und Kultur/Tradition sind damit noch gewichtiger als das Sprechen der Sprache.

Umgekehrt hat die Staatsbürgerschaft im Nationsverständnis keine konstituierende Bedeutung für die Nation. Dies gilt insbesondere in einer Zeit, in der die BRD-Staatsbürgerschaft inflationär und ohne Rücksicht auf deutsche Herkunft und Abstammung vergeben wird. Damit befinden wir uns zwar im Konflikt mit dem herrschenden politischen System aber zugleich im Einklang mit den urburschenschaftlichen Prinzipien und dem deutschen Verständnis von

Nation. Und daß dieses Verständnis auch die Realität eines Menschen als Angehörigen letztlich immer nur einer Nation widerspiegelt, zeigt sich daran, daß die Übergabe des BRD-Passes und die besondere Betonung des jeweiligen Migrationshintergrundes aus den Eingebürgerten zwar staatsrechtlich BRD-Bürger macht aber auch von ihrem eigenen Selbstverständnis eben keine Deutschen. Das mit der Paßübergabe verbundene und politisch gewollte Bemühen, Nichtdeutsche in der BRD zu integrieren, betont ja gerade ihren Status als (zu integrierende) Ausländer und damit eben Angehörige einer anderen Nation als der deutschen.

Der Paß ist demnach für die Frage der Zugehörigkeit zu einer Nation völlig irrelevant, was man ja auch tagtäglich in Flandern, Katalonien, Südtirol, im Baskenland und zunehmend in Schottland, Wales erleben kann und was nach dem Zusammenbruch der UdSSR das Entstehen eigener Staaten wie Serbien, Kroatien, Tschechei, Slowakei, Herzegowina, Montenegro etc. erst begründet hat. All diese Länder hatten z. B. einen jugoslawischen, tschechoslowakischen, etc. Paß, ohne je Angehörige einer „jugoslawischen“, „tschechoslowakischen“ oder „UdSSR-Nation“ gewesen zu sein. Und als der Druck des SU-Imperialismus’ wegfiel, trat für die Menschen das, was sie wirklich und jenseits irgendeines Passes ausmacht, wieder in den Vordergrund: die Zugehörigkeit zu ihrer Nation.

Der deutsche Nationsbegriff aus der Einheit von Sprache, Kultur und Abstammung mag aus übergeordneten Gründen der *Staatsräson* die Paßvergabe an Angehörige anderen Nationen als Ausnahme einschließen.

Dieser Nationsbegriff impliziert das Bekenntnis auch zu den Schattenseiten deutscher Geschichte. Niemand will Verbrechen, die in deutschem Namen verübt worden, schön- oder gar wegreden. Jede Nation – so auch die deutsche – weist Licht- und natürlich auch Schattenseiten auf, es gibt Heldentaten und größte Verbrechen. Letztere sollen gesühnt werden und den Opfern Wiedergutmachung geleistet werden.

Was aber nicht geht und diese Moral auf den Kopf stellt, ist, daß unter Bezug auf solche Verbrechen in der Vergangenheit das Volk als Ganzes quasi als in Erbsünde belastet betrachtet wird, die heutigen Generationen für etwas sühnen, mit dem sie nichts zu tun haben und überdies alte Schuld zur Begründung neuer Verbrechen (Teilnahme an NATO-Aggressionskriegen)

mißbraucht wird.

Demographischer Imperialismus

Aus dem deutschen Nationsverständnisses ergibt sich eine Abwehr des momentanen demographischen Imperialismus, den niemand treffender zusammen gefaßt hat, als der türkische Großindustrielle Öger in einem Interview mit der türkische Tageszeitung "Hürriyet“: "Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen. Das, was Kamuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen verwirklichen.“

Das, was die Türken gegen Prinz Eugen militärisch nicht geschafft haben, soll jetzt mittels des demographischen Imperialismus als „friedliche“ Landnahme erreicht werden. Klares Ziel und klare Worte – und ebenso klar, das sich die Opfer dieser modernen Form des Imperialismus’ nicht gefallen lassen müssen, wie sich kein Volk die Aggression eines anderen einfach bieten lassen muß.

Das politische Ziel der Türkisierung (und Islamisierung) unserer Länder hat der türkische Ministerpräsident Erdogan bei seiner Rede in Köln deutlich gemacht: „Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. () Ich verstehe sehr gut, daß ihr gegen die Assimilierung seid. Man kann von euch nicht erwarten, euch zu assimilieren.“ Nicht eine Integration also (davon träumen unsere Herrschenden) steht auf der Tagesordnung, sondern eine systematische Ausbreitung und faktische Ausdehnung der Türkei auf Deutschland, Österreich etc. mit dem Ziel, diese Länder mehrheitlich, demographisch zu übernehmen.

Daß dieser Imperialismus zudem dann auch noch die Freiheitsrechte bedroht und letztlich abschafft, hat Erdogan ebenfalls in dankenswerter Offenheit klargestellt: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Am Ende also dieser Landnahme steht beides: Die faktische und kulturelle Übernahme Deutschlands und die Abschaffung der freiheitlichen Grundordnung.

Wir müssen Erdogan für seine Offenheit dankbar sein – und für sein „Nein“ zu jeglicher Assimilierung. Als Freiheitsliebende und Patrioten muß ein Weg gefunden werden, dieser Entwicklung, die positiverweise keine Integration

bedeutet, human und friedlich zurückzudrehen. Wir brauchen keine Integrationsbeauftragte, sondern Rückführungsbeauftragte.

Und im Sinne des freiheitlichen Patriotismus' wird dies nicht als Ausdruck tumber Fremdenfeindlichkeit, sondern in fairer Partnerschaft zu einem großen, befreundeten Volk der Türken geschehen und unter Wiedergutmachung der Fehler der Gutmenschrassisten, die - da hat Erdogan völlig recht – aus Türken am liebsten Deutsche gemacht hätten. Die Menschen, die unter falschen Voraussetzungen hierherkamen, müssen einen großzügigen Start zum Aufbau ihrer Existenz in ihrer Heimat bekommen – Geld, das angesichts der geschätzten Kosten der Migrationsindustrie problemlos vorhanden ist.

Mit solchen Überlegungen befinden uns im absoluten Einklang mit dem deutschen Volk. Immerhin muß selbst das ZDF in einer Umfrage einräumen, daß 52 Prozent der zu Wahlen berechtigten Bundesbürger der Meinung sind, daß in Deutschland ein Übermaß an Ausländern lebe. Und bei einer (wesentlich aussagekräftigeren und wahrscheinlich ungeschönten) Umfrage von weltonline erklärten die Menschen auf die Frage „Wofür plädieren Sie im Umgang der EU mit der Türkei?" 8% für „Ich bin für die EU-Mitgliedschaft der Türkei", 7% für „Ich bin für eine privilegierte Partnerschaft der Türkei" und klare 85% für „Die Türkei gehört nicht in die EU".

Wir stehen also – im Unterschied zu Medien und Vertreter des Parteiensystems und der von diesen abhängigen „Wissenschaft" – nicht im Gegensatz zur Volksmeinung, sondern repräsentieren sie und sollten ihr die Stimme verleihen, auch wenn das unbequem ist und politische und mediale Schelte bedeutet. Lösungen zur friedlichen Abwehr des demographischen Imperialismus' sind dringend gefragt und verschaffen dem deutschen Volk dann die Möglichkeit, seine demographischen Hausaufgaben in Ruhe und ohne Existenzbedrohung zu lösen.

Das doppelte Ziel ist es also, durch eine aktive und wirkliche Familienförderung (Bedingungsloses Grundeinkommen ab dem 0. Lebensjahr, Freistellung von jeglicher Steuerzahlung ab dem 4. Kind etc.) der autochthonen Bevölkerung jede Form der Unterstützung zur Familiengründung und Kinderplanung zukommen zu lassen, damit sich Deutschland nicht abschafft. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, die den Selbsterhaltungswillen der Deutschen fördern.

Als am Ende der NS-Herrschaft 1945/46 ein zerstörtes, zerstückeltes, besetztes, dramatisch dezimiertes und moralisch komplett diskreditiertes Deutschland stand, war der Überlebenswille der Deutschen, gemessen an der Geburtenrate, größer als heute. Was also verlorener Krieg und NS-Regime nicht „geschafft“ hatten, daß die Deutschen kaum noch eine Perspektive sahen, ist nach Kohl/Schröder/Merkel das Ergebnis heutiger Politik: Die Geburtenrate ist heute niedriger als 1946, in deutschen Städten werden die Einheimischen zur Minderheit, mit Stuttgart wird in ca. einem Jahr in der ersten deutschen Großstadt die Mehrheit kippen und die Einheimischen zur Minderheit werden. In Wirklichkeit geht es darum, der großen Mehrheit der nunmehr offiziell zugegebenen 14 Millionen Ausländer (Böhmer) – davon sieben Millionen mit BRD-Paß, also knapp 20 % der Bevölkerung – die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Start in ihren Heimatländern zu verhelfen.

Die wahren Verfassungsfeinde

Das zum Parteienstaat (von Arnim) verkommene politische System der BRD hat sich längst vom Willen der Menschen abgekoppelt – ja es regiert in allen wesentlichen Bereichen willentlich und wissentlich konträr zum Mehrheitswillen, nicht selten sogar umgekehrt proportional. Die Liste der Themen, in denen ein dem Wählerwillen verantwortlicher Bundestag gegen den Willen des Souveräns entschieden hat ist ellenlang, umfaßt die unterschiedlichsten Felder – und beginnt schon mit dem Beginn der BRD. Sämtliche im folgenden Aufgelisteten politischen Schritte oder z. T. Tendenzen gäbe es nicht, wenn die Parlamentarier ihrem Gewissen und vor allem ihrem Wähler gegenüber verantwortlich wären, anstatt das zu tun, was ihnen Fraktion und Partei und natürlich Medien vorgeben:

- Euroeinführung
- EU-Verfassung/Vertrag von Maastricht/ Vertrag von Lissabon
- Militarisierung der EU (EUROGENFORCE)
- Osterweiterung der EU
- Beitritt der Türkei zur EU
- Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Teilnahme an NATO-Kriegen (Kosovo, Irak, Libyen)
- potentielle Teilnahme an Kriegen gegen Syrien und Iran

- Waffenlieferungen in Krisengebiete
- „Lösungen“ der Wirtschafts- und Finanzkrise
- „Euro-Rettungsschirme“
- Globalisierung/Abschaffen der Nationalstaaten/Weg in die New World Order (Weltregierung)
- „Migration“/Überfremdung/Einwanderungsland
- Einführung der Gentechnik
- Einführung der Atomkraft
- Impfzwang
- Einführung der Gesamtschule/Einheitsschule
- Rechtschreib“reform“
- Westintegration/NATO Mitte der 50-er Jahre
- Instrumentalisierung der deutschen Zeitgeschichte
- …

Daß die Politiker wissen, daß sie letztlich an der Spitze der Verfassungsfeinde stehen und die Demokratie mit Füßen treten, machen immer mehr und immer deutlichere und offen formulierte Aussagen deutlich. So erklärte der bayerische Ministerpräsident Seehofer in einer TV-Sendung ganz offen (und natürlich ohne jegliche Reaktion der Medien) „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden.“ Wen meint er, wer ihm (gewählt) sagt, was zu tun sei bzw. entscheidet (nicht gewählt), ohne ihn zu fragen?

Und wiederum ohne ein Nachfragen der nur noch als „gleichgeschaltet“ (Augstein) zu bezeichnenden Medien wurde mit einer so schnellen Verfallbarkeit von Aussagen und Prognosen bei der Euroeinführung die Unwahrheit gesagt bzw. mußten Ziele revidiert und in das genaue Gegenteil gewendet werden.

Am 23. April 1998 versprach bei der Euroeinführung im Bundestag Kanzlerdarsteller (Popp) Kohl: »Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers. Wenn Sie quer durch alle Parteien mit den Kollegen im Europäischen

Parlament reden, wissen Sie, daß dieser Satz einen Moment des Innehaltens verdient: Nach den vertraglichen Regelungen gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.«

Experten haben schon damals darauf hingewiesen, daß diese Aussage, dieses Versprechen natürlich gebrochen werden würde. Dennoch hat es seine Nachfolgerin im Amt am Beginn der milliardenschweren „Rettungs"schirme am 11. März 2011 sogar noch bestätigt: „Deutschland war und ist bereit, den Schwächeren zu helfen, wie wir das jedes Jahr mit unseren Beiträgen zum EU-Haushalt zeigen. Aber eine Transferunion wird es mit mir nicht geben. Jedes Land ist für seine Schulden selbst verantwortlich. Deutschland hat aber wie alle anderen Länder ein ureigenes Interesse an der Stabilität des Euro insgesamt. Deshalb wird der Krisenfonds selbst nur in Notfällen und unter strengen Auflagen Kredite gewähren – Kredite, die natürlich zurückzuzahlen sind. Über solche Hilfen kann nur einstimmig beschlossen werden, Deutschland kann also sein Veto einlegen, wenn die Voraussetzungen für Hilfen nicht gegeben sind, und davon werde ich dann auch Gebrauch machen." Alles längst Geschichte und von der Wirklichkeit der ESM-Diktatur überholt. In den folgenden Monaten folgte ein gebrochenes Versprechen nach dem anderen.

Und alles gegen den Willen des Wählers, der immer wieder einmal befragt wurde und ein ganz klares Votum abgab:

welt online

Halten Sie es für richtig, Griechenland pleitegehen zu lassen?

Nein: 7%

Ja: 93%

EMNID-Befragung: „Sind Sie der Meinung, daß die Euroschuldenkrise mit immer größeren Rettungsschirmen dauerhaft gelöst werden kann?":

7%: „Ja":

4%: „weiß nicht/keine Angaben“

89%: „Nein“.

Financial Times Deutschland (2011)

„Sollen Gold- und Währungsreserven zur Euro-Rettung eingesetzt werden?“

5%: auf alle Fälle

9%: bei Bedarf

86%: nie und nimmer

FAZ-Umfrage (2011)

„Sind Sie für einen dauerhaften Euro-Rettungsmechanismus (ESM)?“

9%: Ja

91%: Nein

spiegel online (Mai 2012)

„Soll Griechenland aus der Währungsunion austreten?“

Nein: 31,41%

Weiß nicht: 5,49%

Ja: 63,10%

… (Das ließe sich beliebig weiterführen.)

Das was auffällt, ist, daß die Voten nicht nur knappe Ergebnisse aufweisen, sondern der Souverän in völliger Entmündigung umgekehrt proportional zum von ihm gewählten Abgeordneten entscheidet. Die Parlamentarier sind komplett abgekoppelt vom Wählerwillen – und sie wissen das, und sie wissen,

daß dafür einst zur Rechenschaft gezogen werden.

Daß die Mainstreammedien dabei mitspielen und, wenn immer es paßt, auch zur Fälschung greifen, zeigt als eines von vielen Beispielen die damalige ARD-Umfrage bei der Präsidentenneuwahl: „Ist Joachim Gauck der Richtige für das Amt des Bundespräsidenten?“ Als um 19:37 das Ergebnis bei 77 Prozent „Nein“ war und sich weiter „bedrohlich“ entwickelte, wurde die Umfrage eingestellt und mitsamt der Antworten entfernt. Und einen Tag später meldete das öffentlichrechtliche Fernsehen, daß nach einer aktuellen Umfrage sich für Gauck eine Zustimmung von mehr als 70 % ergeben habe.

Die Anforderungen an Gauck und zugleich die Nagelprobe für seine Unabhängigkeit liegen im Durchwinken des das Budgetrecht der Parlamente aushebelnde und damit klar verfassungswidrigen ESM-Gesetzes. Und hier hat Gauck alle Erwartungen in ihn seitens der Herrschenden bestätigt und dem Spiegel („Einer von uns“) absolut recht gegeben. Kein Amts-Vorgänger seit 1949 hat je gewagt, ein noch nicht einmal ausgefertigtes und hochkontroverses, superteures und selbst für Laien als verfassungsfeindlich erkennbares Gesetz öffentlich als verfassungskonform durchwinken zu wollen und gegen alle Umfragen gar noch „Akzeptanz“ bei den Deutschen zu behaupten, als er am 18. April 2012 erklärte:

„Die Euro-Rettungsschirme werden von der Bevölkerung akzeptiert.“

(Gauck weiß, daß er lügt und das Gegenteil stimmt.)

„Ich sehe nicht, daß unsere Bereitschaft, Rettungsschirme aufzuspannen, durch mich, den Bundespräsidenten, konterkariert wird.“

(Die verfassungsgemäße Aufgabe eines Bundespräsidenten ist es, ein Gesetz ***nach*** Verabschiedung durch den Bundestag auf Rechtmäßigkeit zu prüfen und nach dieser Prüfung zu unterschreiben oder ggf. das Gesetz zurückzuweisen. Ein Gesetz, das es noch gar nicht gibt und das noch gar nicht verabschiedet ist, im vorauseilenden Gehorsam und damit ohne erfolgte Prüfung prophylaktisch durchzuwinken, ist verfassungswidrig.)

„Ich gehe davon aus, daß Karlsruhe nicht gegen die Instrumente zur Euro-Rettung vorgehen wird.“ und: „Ich sehe nicht, daß unsere Bereitschaft, Rettungsschirme aufzuspannen, durch das Bundesverfassungsgericht konterkariert wird.“

(Dem Verfassungsgericht quasi im Vorgriff auf ein Gesetz und ohne jegliche juristische Prüfung nahezulegen, mit diesem keine Probleme zu haben, ist nicht Aufgabe des Bundespräsidenten und eine Anmaßung gegenüber einer „unabhängigen“ Justiz sondergleichen.)

„Wenn man die Dinge rational betrachtet, müßten die Mitgliedsstaaten weitere Kompetenz an die Europäische Union abtreten. […] Ich wünsche mir die Vereinigten Staaten von Europa.“

(Genau das hat das Verfassungsgericht als klar nicht mehr konform mit dem Grundgesetz erklärt: Mit der Schaffung eines europäischen Bundesstaats wäre das, was die Verfassung gerade noch zuläßt, überschritten. Gauck wünscht sich hier wissentlich eine Abkehr von der BRD-Verfassung.)

Die wahren Verfassungsfeinde sitzen also in diesem Land an der Spitze von Staat und Regierung, was auch schon durch die Anerkennung des Vertrages von Lissabon deutlich wurde. Dieser Vertrag macht die Grundrechtecharta der EU zum Vertragsbestandteil. Dort allerdings steht im Artikel 2 unter (2): „Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.“ Das wird dann in den sogenannten Erläuterungen zur Grundrechtecharta spezifiziert und faktisch aufgehoben: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung des Artikels betrachtet, wenn es erforderlich ist, einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen". Die zweite Ausnahme, wann die Todesstrafe verhängt werden darf, ist: "Für Taten in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr.“ Das BRD-Parlament hat also via Lissabon die hierzulande abgeschaffte und verbotene Todesstrafe wieder eingeführt – bei Aufruhr und Aufstand, also z .B. wenn es Montagsdemonstrationen à la Leipzig gäbe …

Angesichts dieser Form und dieser Frequenz an Verfassungsbrüchen an der Spitze des Staates ist eine vermeintliche Verfassungsfeindlichkeit konsequenter freiheitlicher und nonkonformer Freigeister nicht nur komplett irrelevant, sondern eher ein Zeichen dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Denn auch der Umgang der Herrschenden mit der Wert- und Einschätzung von

Demokratie ist für freiheitliche und am Volkswillen orientierte Denker komplett indiskutabel und für die Herrschenden entlarvend. So erklärte der Umweltministerdarsteller und NRW-CDU-Spitzenkandidat Röttgen: „Ich meine, ich müßte eigentlich dann Ministerpräsident werden, aber bedauerlicherweise entscheidet nicht allein die CDU darüber, sondern die Wähler entscheiden darüber.“ Ein ganz eigenes Verständnis von Demokratie, das er im Übrigen mit seiner Chefin teilt: In einer PR-Sendung mit Günter Jauch fragte dieser Merkel: „Würden sie Europa aufgeben, wenn sie merken, daß Sie die Menschen nicht von diesem Europäischen Gedanken in einem gemeinsamen europäischen Haus überzeugen können?“ Merkel: „ Nein.“ Jauch: „Die Menschen in Deutschland.“ Merkel: „Nein auf gar keinen Fall.“

Offener kann man nicht mehr erklären, daß einem das, was die Menschen wollen und wünschen, komplett gleichgültig ist. Die Herrschenden betreiben entweder eine persönliche Privatpolitik, hängen einer persönlichen Ideologie nach oder folgen schlicht dem Auftrag derjenigen, die „nicht gewählt sind“ (Seehofer). Diese Frau hat jegliche Haftung zu dem, von dem sie gewählt wurde, zum Souverän, verloren und erklärt das auch noch ganz offen in einer PR-Sendung im deutschen Fernsehen ohne jegliche Scheu. Sie steht damit ganz in der ZK-Tradition, aus der sie kommt und in der der Volkswille ebenfalls nie eine Rolle gespielt hat. Nur die Befehlsempfänger haben offenkundig gewechselt: War es zu ihren DDR-Zeiten der große Bruder in der UdSSR, ist es nun das Finanz- und Großkapital, dessen Job sie macht. Und die Presse schweigt nicht nur, sie macht mit.

Wo Merkels eigentliche politische Prioritäten und Präferenzen liegen, wo sie die Staatsräson der BRD positioniert, das hat sie auf der 60-Jahr-Jubiläumsfeier der CDU am 16. Juni 2005 überdeutlich gemacht: "Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“ (Eine schon bemerkenswerte und an sich verfassungsfeindliche Aussage einer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft verpflichteten Politikerin.) Und dann weiter: „Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Existenz Israels - all das gehört zum Kern der Staatsräson unseres Landes und zur Räson unserer Partei." Sie wäre damit wohl die einzige Politikerin der Welt, die als Staatsräson des eigenen Landes die Wahrung der Interessen Dritter sieht. Und sie erklärt, durch nichts und niemanden legitimiert, in erneut verfassungsfeindlicherweise das Grundgesetz als gegenüber externen

Interessen als nachrangig.

Wohin die Reise letztlich gehen soll, hat der nächste Verfassungsfeind, Schäuble, im November 2011 deutlich gemacht. (Und dann weiß man auch, woher Gauck seine o .g. Ideen bezieht.) Schäuble führt vermeintlich harmlos ein, in dem er betont, daß „wir in Deutschland seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“ seien – eine bemerkenswerte Behauptung, die, als genau das seitens Burschenschafter vor vielen Jahren behauptet wurde, zu Stürmen der Entrüstung wegen verfassungsfeindlicher Kritik an der BRD geführt hat. Heute ist das ein Nebensatz von Schäuble, über den Politik und Medien zur Tagesordnung übergehen. Doch für Schäuble ist das nur eine Hinführung, weil er den „Rückfall in die Regelungsmonopol-Stellung des klassischen Nationalstaats“ durch einen „sehr viel zukunftsweisenderen Ansatz“ verhindert möchte. Ihm geht es – trotz des klaren und eindeutig gegenteiligen Votums des Bundesverfassungsgerichts – um den europäischen Bundesstaat und die diesen implizierende Fiskalunion: „Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten () in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Numero 14 () im Lissabon-Vertrag, so aufzubauen, daß wir die Grundzüge einer Fiskalunion für die Eurozone schaffen.“ Und genau das geht nach BVerfG-Urteil nicht.

Aus der Sicht eines jeden demokratisch und rechtsstaatlich denkenden Menschen ist bei solchen Politikern und ihren klar erklärten, verfassungsfeindlichen und die Freiheit bedrohenden Zielen längst Widerstand zur ersten Bürgerpflicht geworden. Und da Ziele und Absichten komplett offen erklärt werden, kann niemand nachher sagen, man habe das nicht gewußt.

Der Auftrag heute

Wir stehen heute wie im Vormärz im 19. Jahrhundert in einer vorrevolutionären Phase eines im Niedergang befindlichen Systems. BRD und EU rasen auf den Abgrund zu und begraben zugleich das kapitalistische System. Da alle drei Systeme Deutschland nur geschadet haben, bedarf es als Vertreter eines bedingungslosen Freiheitsbegriffs, eines Ethikbegriffs im Sinne des Kant’schen Kategorischen Imperativs, einer nachhaltigen, postkapitalistischen Sozialethik und eines unbedingten Patriotismus im Bismarck’schen Sinne keinerlei Anstrengungen, die fallenden Systeme zu halten. Wir stehen in dieser Phase

für Widerstand gegen Unrecht, für Freiheit und Menschenrechte, für das Überleben unseres Volkes und damit für eine sozial- und nationalrevolutionäre Veränderung und eine tatsächliche Neuordnung unserer Gesellschaft, unseres gesellschaftlichen und sozialen wie wirtschaftlichen Systems und unserer Nation.

Nicht Anbiederung an morsche und fallende Strukturen des Systems des Spätkapitalismus' und politischen Imperialismus' stehen an, sondern der Neustart und die geistige Mitarbeit an der Neuordnung unseres Landes. Wir sind nicht Reformer eines uns damit heute im Übrigen – wie 1848 – wieder einig mit den ebenfalls unterdrückten und ausgebeuteten Völkern Europas. Nicht die Vertreter der politisch Herrschenden in der BRD und das „deutsche", international in Richtung NWO denkende und handelnde Groß- und Finanzkapital, die Hochfinanz, stehen an unserer Seite, sondern die Aufständischen in Griechenland und Spanien, die – wie irgendwann auch die Deutschen – das Joch des internationalen Großkapitals abwerfen und wieder ihren eigenen, nationalen Weg gehen werden. Von den dortigen Revolutionären zu lernen, heißt für unser Land zu lernen.

EU/Brüssel, Globalisierung, Amerikanisierung und NWO sind die Todfeinde einer freien und unabhängigen und friedlichen Entwicklung der Nationen und schaffen Vernichtung, Kriege und Ausbeutung und damit Elend für die Völker. Für uns ist es klar, daß wir an der Seite der Nationen und der Völker und deren Existenzrechten als unabhängige Nationen, die „unmittelbar zu Gott" (Hegel) sind, stehen.

Ob wir nun in den Mainstreammedien beschimpft oder ignoriert werden, wir sollten unseren intellektuellen Beitrag zum tatsächtlichen Neustart Deutschlands leisten. Wir können angesichts kompletter Plan- und Konzeptlosigkeit der herrschenden Klasse und insbesondere des Versagens des Parteiensystems einen konzeptionellen Beitrag dazu leisten und eine schmerzliche Lücke schließen. Dies impliziert ein gemeinsames Ringen um Antworten zu allen Bereichen menschlichen und staatlichen Lebens:

1. Familie & Kinder
2. Gesundheit & Heilen
3. Bildung & Erziehung
4. Wissenschaft & Forschung

5. Natur & Infrastruktur
6. Tierschutz & Landwirtschaft
7. Spiritualität & Weltsicht
8. Kunst & Kreativität
9. Medien & Kommunikation
10. Recht & Verfassung
11. Wirtschaft & Geldsystem
12. Regierung & politisches System
13. Außen-/Bündnis- & Sicherheitspolitik..

… und z. B. zu folgenden Fragen:

Abschaffung des Parteienstaates – Herstellung wirklicher Volksherrschaft

- Politik muß vom Volk ausgehen. Und sie muß dem Volk gegenüber verantwortet werden. Die Menschen dürfen nicht alle vier Jahre ihr Stimme abgeben, so daß sie dann weg ist und die herrschende Klasse damit tut, was sie will. Als Burschenschafter behalten wir unsere Stimme, um sie zu erheben.
- Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht (von Arnim), und das Land ist zu einer Parteiendiktatur (Schachtschneider) verkommen. Durch plebiszitäre Elemente wie Volksabstimmungen und einer kontinuierlichen Einbindung des Souverän, des freien Bürgers muß Politik gestaltet und ihre Gestaltung überprüft werden.
- Gewählte Abgeordnete müssen jederzeit wieder abwählbar sein. Volksabstimmungen garantieren, daß der Wille des Wählers in die Politik einfließt und die Abgeordneten ihrem Wähler und nicht der Fraktions- oder Parteispitze oder Lobbygruppen gegenüber verantwortlich sind. Die Wiederwählbarkeit muß begrenzt werden. Hier muß Unabhängigkeit und Freiheit der Abgeordneten erst wieder hergestellt werden.
- Sperrklauseln (wie schon bei der EU-Wahl untersagt) sind undemokratisch und dienen lediglich der Abschottung des herrschenden Systems und sind daher ersatzlos zu streichen.
- Kandidaten für politische Ämter müssen keiner Partei oder Gruppierung angehören. Mittelfristig ist der freie und unabhängige Abgeordnete, der die

Interessen der Gesamtheit im Blick (und nicht die eines Teils = pars = Partei) hat, das Ideal.

- Damit muß sichergestellt werden, daß die Abgeordneten nicht über Jahrzehnte in wesentlichen Fragen exakt das Gegenteil von dem taten, was das Volk wollte.
- Die Medien sind zu verpflichten, sämtliche Wahlalternativen (bei Wahlen) oder das Pro und Contra (bei Volksabstimmungen) in gleichgewichteter Weise dem Leser/Zuhörer/Zuschauer zu präsentieren und sachlich zu berichten. Die Medien dienen diesbezüglich der Bereitstellung von Informationen und nicht dem Missionieren im Sinne einer Verleger- oder Parteilinie.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Das Geld, welches heute schon im Sozial- und Steuersystem kursiert, kann so ausgegeben werden, daß jeder aus Steuern ein die Lebensgrundbedürfnisse deckendes Grundeinkommen erhält, bedingungslos, d.h. unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht, ob er arm ist oder reich. In einer Zeit, in der erwerbbringende Arbeit nicht mehr staatlich zu gewährleisten ist und immer mehr Menschen, statt aus Lohnabhängigkeit befreit, in unwürdige soziale und wirtschaftliche Abhängigkeiten getrieben werden (Hartz IV, Niedriglohn, Kombilohn), hätte so jeder ein Einkommen, selbst wenn er durch die Automatisierung und Rationalisierung in Produktion und Verwaltung aus der Arbeit entlassen wird.

Da jeder das Geld erhalten soll, ist klar, daß es sich beim bedingungslosen Grundeinkommen nicht um eine neue "Sozialleistung" handelt. Bedingungsloses Grundeinkommen ist weder "Hartz-IV-light" noch "Hartz-IV-total". Es handelt sich um einen neuen Gesellschaftsvertrag, der alle gesellschaftlichen Glieder umfaßt und allen gesellschaftlichen Gliedern Vorteile bringt. Das ältere Recht auf Arbeit wird durch ein allgemeines, arbeitsunabhängiges Recht auf Existenz ersetzt. Nach Einführung eines bedingungslos an Alle ausgegebenen Grundeinkommens geht es beim Arbeiten nicht mehr um die Sicherung der Existenz (diese ist dann durch das Grundeinkommen schon gesichert), sondern - wesentlich bedeutsamer: um den Sinn der Arbeit selbst und damit verbunden um die Steigerung der Lebensqualität. Arbeitsplätze müssen so eingerichtet werden, daß sie dem Sinnbedürfnis und einer Erhöhung von Lebensgefühl und Lebensqualität der

Menschen entsprechen. Die Folge: hohe Motivation der eingeworbenen freien Mitarbeiter und dadurch Steigerung der Effizienz und Produktivität des Unternehmens.

Und schließlich der demographisch so dringend nötige Impuls: Familien werden unterstützt: Kinder bringen das Geld für ihren Lebensunterhalt durch das Ihnen gewährte Grundeinkommen gewissermaßen mit. Eltern können frei entscheiden, in welchem Umfang und in welcher Rollenverteilung sie dem "Arbeitsmarkt" oder den Kindern zur Verfügung stehen.

Klar ist natürlich, daß ein in Deutschland eingeführtes Bedingungsloses Grundeinkommen nur Deutschen zur Verfügung steht, um dem oft gehörten, vermeintlichen Totschlagsargument zu begegnen, ein solches Modell sei, weil es dann die ganze Welt in Deutschland beanspruchte, nicht bezahlbar.

Bedingungsloses Grundeinkommen und die Reform des Finanzsystems (Abschaffung des Zinses) hängen originär zusammen.

Familienförderung und demographischer Wandel

Familienförderung muß wieder absolute Priorität bekommen. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ab dem 0. Lebensjahr und z. B. einer Steuerfreistellung von Eltern/Müttern ab dem 4. Kind, einer verpflichtenden Quotenregelung für Wirtschaft und Staat, Mütter einzustellen bzw. ihnen flexible Arbeitsplätze zu schaffen, Schaffung eines sozialen Pflichtjahres insbesondere bei kinderreichen Familien etc. sind Anreize und Fördermaßnahmen zu schaffen, daß die autochthone Bevölkerung wieder die Chance sieht, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen.

Neuordnung des Finanz- und Geldsystems

Die zentrale Ursache der aktuellen (und immer wiederkehrenden) Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems liegt im Geldssystem und hier in erster Linie bei der Zinsproblematik (Senf). Der Zinsanteil, der sich in unseren Lebenshaltungskosten verbirgt, liegt heute bei rund 40 Prozent. Dies mag auf den ersten Blick hochgegriffen klingen, doch unabhängig von verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die diese Größenordnung ergaben, kann man dies auch leicht mit eigenen Überlegungen selbst nachvollziehen. Allein die monatliche Miete besteht fast nur aus Zinsen, aber auch in den Steuern

und Abgaben sind Zinsen enthalten. Sie erhöhen auch alle Preise, da jeder, der an der Wertschöpfungskette beteiligt ist, seine Zinskosten in die Endpreise einfließen lassen muß, was alle Produkte verteuert. Ein durchschnittlicher Haushalt gibt jährlich ca. 25.000 Euro für seinen Lebensunterhalt aus und bezahlt somit Jahr für Jahr rund 10.000 Euro Zinsen, sofern er auf der anderen Seite keine Zinseinnahmen hat. Verfügt der Haushalt über ein rentabel angelegtes Vermögen in Höhe von etwa einer halben bis einer Million Euro, dann fließen ihm Kapitalerträge zu, aus denen er seinen Zinsdienst ohne Arbeit bestreiten kann. Hat ein Haushalt jedoch kein Vermögen, so muß er unterm Strich Zinsen bezahlen – auch wenn er eigentlich gar nicht verschuldet ist. Die Ursache hinter der Umverteilung von Fleißig nach Reich (Popp, Albrecht), hinter den immer schneller wachsenden Schulden und Guthaben sowie hinter dem Wachstumswahn wird in der veröffentlichten Meinung jedoch niemals thematisiert: das verzinste Geldsystem. Warum dies so ist, ist vor allem ein Resultat der bestehenden Machtstruktur, an deren Spitze ein gewisses System steht. Diesem System wird zu Recht als Danistakratie (Popp, www.Wissensmanufaktur.net), der „Herrschaft des Wuchers“, bezeichnet.

Die Abschaffung des Zinses, die Schaffung eines zinsfreien Geldsystems à la Wörgel, Schaffung eines fließenden Geldes (Berger), Etablieren von Negativzins und Geldumlaufgebühr, Geldschöpfung nur durch eine staatliche Zentralbank, Errichtung einer „Monetative“ (Senf) sind die Stichworte eines neuen Finanzsystems.

Abschaffung jeglicher Steuer – Finanzierung der Staatsaufgaben z. B. aus der MWSt.

Das Steuersystem wird komplett vereinfacht, sämtliche Ämter und Behörden abgeschafft und die Staatsaufgaben aus z. B. MWSt. und dem Negativzins der Umlaufgebühr finanziert. Finanzämter und Steuerfahndung etc. werden überflüssig und verschwinden als „unnütze Arbeit“ (Kreiß) wie vergleichsweise Tätigkeiten, die keine Bedeutung haben.

Soziales Bodenrecht

Eine komplette Erneuerung des existierenden römischen Bodenrechts ist eine sehr heikle Thematik, da manche Menschen sofort interpretieren wollen, man würde ihnen ihr „Eigentum“ streitig machen. Es ist wichtig zu realisieren, daß es in Anbetracht des bestehenden Systems keinen schuldenfreien Grund und

Boden gibt. Wenn man über einen längeren Zeitraum seine Grundsteuern nicht bezahlt, kommt unumgänglich der Zeitpunkt, an dem man sein Grundstück zwangsenteignet bekommt. Diese Art von Grundsteuer nimmt man offenbar als „gottgegeben“ hin.

Das soziale Bodenrecht sieht ebenfalls eine Art „Grundsteuer“ vor. Diese soll allerdings nicht wie heute über das verzinste Geldsystem nach oben verteilt werden, sondern denjenigen Menschen als Entschädigung zufließen, die kein Grundstück nutzen. Jedes Grundstück hat einen Ertragswert, den man kalkulieren kann. Wird der Boden aber nicht genutzt, ist er wertlos. Diejenigen Teilnehmer am heutigen Finanzsystem, denen jährlich so große Finanzströme in Form von Zinseinnahmen zufließen, daß sie mit dem Ausgeben dieser Geldmassen kaum noch hinterherkommen, legen diese permanenten Zuflüsse gerne in reale Werte an, kaufen sich also Grundstücke, selbst wenn sie dann nur brachliegen. Gern melden sich dann diese Personen auch noch z.B. als „Landwirt“ an, um über die als „EU-Kommission“ bezeichnete Lobbyvertretungsbehörde Stillegungsprämien für diese Grundstücke abzugreifen. Auch diese perfiden Spiele werden im Rahmen unserer integrierten Gesamtlösung automatisch ein Ende haben.

Wesentlich ist auch, daß man das soziale Bodenrecht nicht mit einem Pachtvertrag verwechselt, der z.B. nach 100 Jahren ausläuft und neu verhandelt werden muß, denn alle Menschen wollen Planungssicherheit und die wird es geben. Klar wird dann, daß dadurch niemand etwas verliert. Dies gilt sowohl für die „Reichen“, als auch für die „Armen“. In Verbindung mit fließendem Geld wird lediglich die weitere Umverteilung von Fleißig nach Reich (Popp) gestoppt, was bei allen(!) Wirtschaftsteilnehmern eine gravierende Erhöhung der Lebensqualität bedeutet.

Natürlich wird es einige Großkonzerne geben, die ihre Grundstücke dann nicht mehr halten werden, sondern verkaufen, da diese nun als Spekulationsobjekt unbrauchbar werden. Mit diesem „Preis“ kann man leben kann, zumal die Betroffenen eher keine Menschen aus Fleisch und Blut sind, sondern eher juristische Personen wie Aktiengesellschaften oder andere Körperschaften, die gegründet und nicht geboren werden. Demjenigen, der hiergegen den Einwand einbringt, daß dann viele auf den Markt geworfene Grundstücke die Preise stark sinken lassen könnten, muß man entgegnen, daß sinkende Immobilienpreise vor allem sinkende Mieten für alle zu Folge haben. Über

Hunderte von Jahren haben die Grundstückseigentümer von den steigenden Preisen in Form von leistungslosen Spekulationsgewinnen partizipiert, weshalb man ihnen auch einen gewissen Rückgang des Marktpreises einmalig zumuten kann.

Beschränkung der Privatisierung und Ende des Wachstumswahns

Privatisierung setzt im Prinzip, in jedem Fall aber vom Grundsatz und in der Wirklichkeit faktisch immer den Kant'schen kategorischen Imperativ außer Kraft. Privates Interesse ist per definitionem nicht das Interesse des Gemeinwohls und das aller, kann es nicht sein und will es nicht sein, weil es eben um das Interesse eines Einzelnen oder einer Gruppe geht. Insofern muß ein Staat stets dem Privatinteresse Grenzen setzen. Privatisierung als Allheilmittel setzt nur die schlimmste Fratze des Kapitalismus' frei. Und nichts sehen wir augenblicklich besser.

Privatisierung führt aber in den Bereichen, in denen Einzelinteressen unmittelbar tangiert sind, aufgrund der impliziten Subjektivität und fehlenden Neutralität zu (totaler) Kontrolle und potentiellen bzw. heute immer deutlicher sichtbar werdenden Mißbrauch. Ein Gesundheitssystem, bei dem der kleine Hausarzt abgeschafft wurde und wenige Großkliniken im ambulanten und stationären Bereich das Sagen haben und zugleich zuständig für die Gesundheitscard der Menschen sind, haben über das, was die Menschen tun und lassen, ihre Krankheiten und deren Behandlung die totale Kontrolle. Und aus „Fürsorge" diesen Menschen bestimmte Verhaltensweisen „nahezulegen", ist der nächste Schritt. Bei Verstößen, diese dann zu ahnden, der nächste. Und am Ende steht ein System, in dem diese Klink- und natürlich die damit verbundenen Pharmakonzerne im Zuge einer rundum elektronischen „Fürsorge" = Überwachung vorschreiben, was sie wann essen und trinken, einkaufen dürfen, wohin sie reisen dürfen (die CO2-Kontigent könnte ja schon ausgeschöpft sein) …

Und letztlich müssen die Renitenten, die sich dem allem widersetzen, umerzogen werden (mindestens). Ein Aspekt des fehlenden Staates und der extensiven Privatisierung ohne Staat ist am Ende die Knechtung der Menschen, die Gulagisierung in einem total gelenkten, privat-totalitären Gemeinwesen im Interesse der dahinter stehenden Finanz- und Wirtschaftskreise. Das dritte Problem ist damit angesprochen: Privatisierung führt zu einer Perpetuierung

des kapitalistischen Wachstums- und Profitwahns, ja sie liegt diesem zugrunde. Da Profitorientierung (in staatlich gesetzten Grenzen völlig ok) dann das von der Kette (eines staatlichen Regelwerks) losgelassene Raubtier ist, ist Profitmaximierung deren zwingende Ausgestaltung und Umsetzung. Das impliziert den Wachstumswahn, der kennzeichnend für unsere Gesellschaftsordnung ist. „Stillstand ist Tod“, war eine der Standardparolen einer wachstumsorientierten Privatwirtschaft, während ein staatlich verantwortliches Vorgehen heute z. B. „Rückschritt ist Leben“ als Parole entgegen setzen würde und müßte.

Wachstumswahn und Zinssystem hängen originär zusammen. Und damit kommen wir zu Pudels Kern: Ein schranken- und grenzenlos privatwirtschaftliches kapitalistisches Wirtschaftssystem produziert aufgrund des Geldsystems zwingend immer mehr, in der Regel immer mehr Unsinniges, Schädliches und Überflüssiges, immer Teureres. Und die Antriebsfeder und der ständige Motor dabei ist ein vom Zinssystem getragenes Geldsystem. Bei einem fließenden Geld (ohne eine gesunde Staatlichkeit) wäre als erstem Schritt dieser Treibsatz des ungebremsten Wachstums weg. Niemand müßte immer mehr produzieren, um vom Profit die Zinsen zahlen zu müssen. Geld wäre auf seine eigentliche und klassische Funktion eines Tauschmittels reduziert, ohne eigenen Wert und Bedeutung, sondern lediglich ein Stellvertreter, um den Warenaustausch zu vereinfachen.

Wie eng Privatisierung und verzinstes Geldsystem zusammenhängen und welch fatale Folgen das Ganze hatte, zeigt das FED-System. Mit der Privatisierung 1913 eines ureigenen und zwingend aus Privatinteressen herauszuhaltenden staatlichen Rechts und einer zentralen Staatsaufgabe, nämlich der zentralen Notenbank eines Landes und der Gründung der FED wurde eine Todsünde begangen, an deren Folgen wir alle seit einem Jahrhundert leiden. Ab 1913 hat klassische Staatlichkeit in den USA faktisch aufgehört zu existieren. Ab dann war es eben egal, wer unter der FED US-Präsident spielt, und ab dann haben die FED-Interessen Politik bestimmt. Die FED hält sich die USA als Schwert und Instrument – so wie sich in der Zwei-Reich-Lehre der Kirche im Zuge der Lehre Augustins das Papsttum als geistige und geistliche Macht zur Durchsetzung seiner Interessen das Kaisertum als weltliches Schwert gehalten hat. Die FED und die dahinter stehenden Geld-, Banken- und Industrieinteressen haben seit dem die Politik der USA bestimmt. Und das war eine extrem blutige und imperialistische Politik mit Abermillionen

von Toten bis auf den heutigen Tag. An Syrien und dem Iran ist man gerade dran. Allein der Irakkrieg weist bislang 1,5 Mio. Tote auf. Und die FED (siehe z .B. 1. Weltkrieg) organisiert eine Politik aus privatwirtschaftlichem Interesse und gegen die absolute Mehrheit der us-amerikanischen Bevölkerung.

1913 ist die eigentliche Machtergreifung des 21. Jahrhunderts. Und das, was dann entstand, ist eine usurpierte Staatlichkeit .Das ist etwas völlig anderes als eine Staatlichkeit i. o. g. Sinne. Es ist der Unterschied zwischen der Position und der Ethik eines Friedrich II. des Großen: „Ich bin der erste Diener meines Staates.“ zu der einer Merkel, die sich erste Dienerin der BRD des internationalen Finanzkapitals erweist. Und von dieser Staatlichkeit haben wir in der Tat viel zu viel und bekommen durch Brüssel täglich mehr. Diese usurpierte Staatlichkeit, bei der sich das Finanzkapital Staaten und Staatenorganisationen hält, ist der Gegner, diese gilt es zu bekämpfen und zu überwinden …

… und wieder durch kantsche Staatlichkeit zu ersetzen.

Und daß die FED nicht weit weg ist und uns dieses Problem ebenfalls tagtäglich tangiert, machen Brüssel und die EU deutlich. Hier haben wir – und das ist ja zentral im Vertrag von Lissabon zum Ausdruck gekommen – die Wirtschafts- und Handelsinteressen, für deren Durchsetzung auch Kriege erlaubt sind als Primat privatisierter Staatlichkeit, bei dem sich die Finanzmächte diesmal nicht einen Staat ,sondern gleich eine ganze Staatenorganisation durch Durch- und Umsetzung ihrer Interessen halten. Der Ausgangspunkt des Jahres 1913 und deren Bedeutung liegt neben der Machergreifung nichtlegitimierter Finanzkreise und deren erfolgreicher Griff nach der Weltherrschaft in einem den FED-Eignern eigenem Finanz- und Geldsystem, das auf Wirtschaftswachstum und Zinssystem fußt. Insofern schließt sich hier der Kreis. Die Überwindung von Wachstumswahn und Zins macht die Machtergreifung 1913 zwar nicht rückgängig (das müssen die USA schon selbst machen), aber sie ziehen dem System (auch in Brüssel) den Stecker und machen die Welt ohne Wachstum und Zins für die FED uninteressant.

Schließlich muß die Privatisierung der kommunalen Wasserwerke an die beiden französischen Großkonzerne – alleine in der BRD ca. 400 – sofort gestoppt und rückgängig gemacht werden. Diese Enteignung eines allen gehörenden Bodenschatzes hat zu einer mehrfachen, im Übrigen klassischen Negativentwicklung geführt:

- Verschlechterung der Trinkwasserqualität durch Chloridierung (= billigstes Qualitätsmanagement)
- Vernachlässigung des Rohrleitungssysteme (da nur der Verbrauch bezahlt wird, ist Verlust des genügend vorhandenen Wassers beim Transport zum Kunden, gleichgültig = Verstoß gegen Nachhaltigkeitsgebot)
- Verteuerung für den Endkunden (statt der versprochenen Verbilligung)

Und somit wird der Grundsatz des fließenden Geldes nicht nur aus Gründen von Nachhaltigkeit, Menschlichkeit und Humanismus sowie dem Erhalt der Nationen und er Abwehr der NWO für das jeweilige Land die für Mensch, Tier und Umwelt beste Lösung, sondern es trägt zu einer Emanzipation vom US-Imperialismus und einer tatsächlichen „Wiedergeburt“ Deutschlands bei.

Strikt abzulehnen ist der jüngste Vorschlag aus dem Tollhaus des kapitalistischen Systems, wie ihn jüngst Westerwelle gemacht hat, als er vorschlug, eine Freihandelszone mit den USA zu errichten. Dieser an Unterwürfigkeit wie an Faktenignoranz kaum noch zu überbietende Vorschlag würde bedeuten, daß wir den USA einen uneingeschränkten Exportblankoschein für sämtliche hier immer noch verbotenen bzw. zumindest bestimmten Kennzeichnungspflichten unterliegenden Produkte (wie ungekennzeichnete GVO-Ware) ausstellen würden und uns neben dem kranken Euro auch noch zusätzlich den in Teilen noch kränkeren Dollar massiv ins Land holten.

Neuordnung deutscher Sicherheits- und Außenpolitik

- Neuordnung deutscher Sicherheits- und Außenpolitik mit Austritt aus aggressiven und imperialistischen Militärbündnissen wie der NATO (z. B. Kosovo, Libyen etc.) und Bestrafung der auf deutscher Seite an Kriegsverbrechen politisch indirekt bzw. militärisch Beteiligten nach internationalem Völkerrecht (Verbot eines Angriffskrieges, Verschwörung gegen den Weltfrieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit)
- Deutsche Staatsbürger dürfen in keinen Einheiten der NATO oder anderer ausländischer Militäreinheiten direkt oder indirekt (z. B. logistisch) dienen. Hier gelten die einschlägigen Strafrechtsbestimmungen. Mit dem Austritt Rückzug der kompletten Truppenverbände aus sogenannten gemeinsamen Truppenkontingenten der NATO.

- Künftig keine Beteiligung weder direkt noch indirekt an militärischen Aggressionen oder „Hilfeleistungen“ à la Kosovo, Irak, Afghanistan, Flotteneinsätzen, Libyen aber auch Kongo und Somalia beteiligen. Diese Einsätze waren von Beginn an sowohl völkerrechtswidrig (Verbot eines Angriffskrieges, Verbot der Verschwörung gegen den Weltfrieden, Verbot von Verbrechen gegen die Menschlichkeit) als auch grundgesetzwidrig (Bundeswehr als Armee zur Landesverteidigung).
- Rückzug seiner kompletten Truppenverbände inkl. sämtlichen militärischen Geräts aus dem Ausland. Deutschland bedauert seine Beteiligung an diesen Aktionen und sichert den betroffenen Ländern und Menschen für die durch militärische Einsätze Deutschlands entstandenen Schäden Entschädigung und Wiedergutmachung zu.
- Deutschland liefert weder per Verkauf noch als Geschenk keinerlei Waffen oder Waffensysteme in Krisengebiete. Deutsche Waffentechnologie dient der deutschen Landesverteidigung und allenfalls der Unterstützung möglicher Bündnispartner, die einen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands leisten.
- Deutschland stellt sicher, daß keine direkte oder indirekte Instrumentalisierung des Landes (z. B. aufgrund der Folgen der demographischen Problematik/Zuwanderung) für ausländische Interessen insbesondere militärischer Art eintritt oder eintreten könnte und wird entsprechenden Entwicklungen eines demographischen Imperialismus’ Dritter einen Riegel vorschieben. Das Asylrecht wird beibehalten und zugleich auf die Länder, in denen tatsächliche Menschenrechtsverletzungen stattfinden, konzentriert. Einer demographischen Umgestaltung der autochthonen Gesellschaft wird durch Einführung von Visumspflicht vorgebeugt.
- Sämtliche ausländischen Truppen inkl. deren militärischen und logistischen Geräts haben Deutschland zu verlassen. Dies gilt insbesondere und zuvorderst für die us-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden. Dies gilt weiterhin für sämtliche ausländischen nachrichtendienstlichen und nachrichtendiensttechnischen Einrichtungen, deren Personal und Logistik auf deutschem Boden. Die diesbezüglichen Einrichtungen insbesondere zum Abhören und für in- und ausländische Lauschangriffe werden ab- und zurückgebaut. Die direkte oder indirekte Mit- und Zuarbeit bei und zu ausländischen nachrichtendienstlichen Organisationen und Institutionen

seitens deutscher Staatsbürger und von deutschem Boden aus ist unzulässig. Hier gelten die einschlägigen deutschen Bestimmungen des Strafrechts.

- Deutschland nimmt seine Landesverteidigung in eigene Hände. Dazu dient die Bundeswehr, die mit den dazu nötigen Mittel ausgestattet und entsprechend aus- und aufgebaut wird. Es gilt das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Die Bundeswehr dient wie im GG festgelegt ausschließlich der Landesverteidigung und wird sich nicht an andersgearteten Aktivitäten direkt oder indirekt beteiligen. Hier gilt der einschlägige Artikel des Grundgesetzes. Eine Übertragung von diesbezüglichen Hoheitsrechten auf andere Staaten oder internationale Institutionen findet nicht statt.
- Deutschland lebt den Grundsatz der gutnachbarschaftlichen Beziehungen. Seine Sicherheitspolitik ist gegen niemanden gerichtet und dient ausschließlich der Sicherung des eigenen Landes. Den gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den europäischen Nachbarn kommt eine große Bedeutung zu – das Prinzip der guten Beziehungen bezieht sich aber als Grundsatz deutscher Politik auf alle anderen Länder und Staaten der Erde.
- Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte und der Bedeutung des Landes als europäischer Nachbar kommt darüber hinaus den guten und freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eine ganz besondere Bedeutung zu.
- Im Geist und im Sinne der Konvention von Tauroggen, der Bismarck'schen Rückversicherungspolitik und des Vertrages von Rapallo stellt ein deutsch-russischer Bündnis- und Beistandspakt neben der eigenen Sicherung der Landsverteidigung durch die eigene Armee als dem Fundament deutscher Sicherheitspolitik die Voraussetzung einer gesicherten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands dar.
- Deutschland steht bei ausdrücklichem Wunsch Dritter jederzeit als „ehrlicher Makler" im Sinne der Bismarck'schen Politik für Gespräche zur Konfliktlösung bei internationalen Spannungen oder diesbezüglichen Verhandlungen zur Verfügung und garantiert strikte Neutralität.

Neuordnung der Europapolitik

- Deutschland kündigt die Verträge von Maastricht und Lissabon. Deutschland wird sich künftig weder direkt noch indirekt an militärischen

Maßnahmen der EU, gegen wen auch immer, beteiligen.

- Eine direkte oder indirekte Teilnahme an oder auch nur eine Unterstützung von EUROGENDFOR findet nicht statt. Aktivitäten der EUROGENDFOR auf deutschen Boden sind unzulässig. Deutsche Staatsbürger dürfen sich weder direkt noch indirekt an Maßnahmen der EUROGENDFOR oder anderer Söldnertruppen beteiligen. Hier gelten die einschlägigen Strafrechtsbestimmungen.
- Deutschland wird sich darüber hinaus auch an bilateralen europäischen oder nicht europäischen Militäreinsätzen jeglicher Art, die nicht der eigenen Landesverteidigung gemäß Art. 87a dienen, nicht beteiligen.
- Deutschland verläßt den Euro und beteiligt sich an keinem weiteren Oktroyieren von Spardiktaten anderen Ländern gegenüber. Ein milliardenschweres „Rettungspaket“ im dreistelligen Bereich, an dessen Ende z. B. eine fast 50-prozentige Arbeitslosigkeit der Jugend in Griechenland und Spanien steht, zeigt, daß die Gelder nicht in den zu rettenden Ländern ankommen, sondern ausschließlich in Kapitalsammelbecken und zur Bankenhochfinanz verschoben werden.
- Der Euro ist, was totgeschwiegene und mundtot gemachte Kritiker (Hankel, Spethmann, Starbatty, Schachtschneider) von Anfang an gesagt haben, als eine zum Scheitern verurteilte Gemeinschaftswährung komplett unterschiedlicher Währungen und Finanz-, Geld- und Arbeitsphilosophien gescheitert. Ein weiteres Ausbluten Deutschlands durch immer neue Rettungspakete ist abzulehnen und einzustellen.
- Der ESM als Aufgabe der Budgethoheit der Parlamente (Bundestag in Berlin wie Nationalrat in Wien) ist verfassungswidrig und abzulehnen. Die Parlamentarier, die einem solchen Rechtsbruch zustimmen, sind zur Verantwortung zu ziehen.

Gesundheitswesen statt Krankenverwaltungs- und Krankenproduktionswesen

- Überprüfung der bisherigen Therapien bei Krebs, AIDS und Zivilisationskrankheiten
- Bei der Erstattung gilt das Primat von Phythotherapie und Homöopathie vor der der Allopathie (= chemisch-synthetische Medikamente und Medizin als Notfallmedizin)

- Lebensmittel und deren Belastung – hier geht es statt nach klaren staatlichen Richtlinien, die insbesondere die Wechselwirkungen von Belastungen berücksichtigen würden, nach der Gefälligkeit zugunsten der Konzerne durch eine Privatisierung des Gutachterwesens mit der Konsequenz, daß immer mehr ernährungsbedingte Erkrankungen auftreten, wir im Überfluß Mangelerkrankungen haben und „Volksgesundheit“ ein politisch unkorrekter Begriff wurde und die Menschen heute kränker sind als in der Kriegszeit
- Pharma – ein Klassiker fehlender Staatlichkeit mit dem Ergebnis eines immer teureren „Gesundheitswesens“ und einer immer kränkeren Gesellschaft und einem gezielten Aussortieren (erst Bonn jetzt Brüssel) alternativer (und preiswerter) Medizin und einem ganz gezielten Betreiben des Geschäfts der großen Chemiekonzerne
- Gesundheitswesen – in einem wirklichen (= neutralen) Staat würden unterschiedliche Heilansätze toleriert und an ihren Erfolgen gemessen und dann zugelassen werden, während im Zuge der Privatisierung schon bestimmte Antworten insbesondere bei der umsatzträchtigen Indikationen (z. B. Herz-Kreislauf & Ernährungsumstellung, Krebs, AIDS) kriminalisiert und die Betreiber diffamiert und verfolgt und ihre Erfolge ignoriert und natürlich nicht erstattet werden
- Verhinderung der weiteren „Privatisierung“ (privare = berauben) des Arztwesen, einem Klassiker der Privatisierung, an deren Schlußpunkt das Ende des bewährten Hausarztsystems steht. Vier große Klinkkonzerne sind dabei, sich mittels Ärztehäuser (eben noch als Relikt der DDR (Poliklinik) verpönt) die Arztkundschaft unter den Nagel zu reißen. Und mittels der Beteiligung von Bertelsmann bei einem der Klinikkonzerne und der von Bertelsmann hergestellten und „betreuten“ Patientenkarte wird dann die Totalkontrolle über den Gesundheitszustand der Nation übernommen wird: eine gesundheitspolitische Machtergreifung im Kapitalinteresse.
- Handys und Elektrosmog – auch hier wurde eine Technologie ohne die Durchsetzung einer neutralen Forschung zur Technikfolgenabschätzung eingeführt und die Nutzer zu einem Menschengroßversuch mißbraucht, ohne daß selbst das zu Konsequenzen dann führte, wenn sich Schäden nachweisen ließen (Großkonzerne müssen beim Bau von Masten z. B. nicht bestätigen, daß sie für die Folgen möglicher Strahlungsschäden

aufkommen)

- Fukoshima und die radioaktive Belastung: Bei einem echten Staat gäbe es eine Belastungsgrenze radioaktiver Bestrahlung, die nicht überschritten werden darf und Punkt. Bei unserem der Privatisierung ausgelieferten Staat werden im Fall einer auftretenden höheren Belastung durch ein Reaktorunglück einfach die Grenzwerte nach oben „angepaßt“, und schon darf munter weitere mit belasteter Ware Handel getrieben werden.

Schaffung einer wirklich ökologischen Landwirtschaft

Im Grundgesetz der BRD heißt es Art 20a: «Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.» Machbar ist es, landwirtschaftliche Prozesse derart zu reformieren, daß Pflanzenschutzmittel beim Anbau unserer Lebensmittel und nachwachsenden Rohstoffe überflüssig werden. Der ständig steigende Bedarf an Lebensmitteln und der massive Ausbau nachwachsender Rohstoffe, haben in den letzten Jahrzehnt deutliche Spuren hinterlassen. Dieser industrialisierten Landwirtschaft soll eine biologische Arbeitsweise gegenübergestellt werden, um zu beweisen, daß man in der Landwirtschaft ökonomisch, nachhaltig und verbraucherorientiert wirtschaften kann.

Eine komplett pestizidfreie Landwirtschaft (Berger) ist möglich und sollte nach wahrhaft ökologischen Grundsätzen der Landwirtschaft und Permakultur (Holzer) sowie nachhaltig erfolgen.

Stop von Gentechnik und Patentierung von Leben

- Verhinderung der Gentechnik bzw. zumindest die Durchsetzung einer neutralen Forschung zur Technikfolgenabschätzung statt dessen Gewährung einer resp. ihrer Risiken unkalkulierbaren Technik mit z. B. ungehinderter Fütterung von gentechnisch veränderten GVO-Produkten an unserer Nutztiere bei gleichzeitiger Verhinderung der Möglichkeit, Verursacher und Betreiber von Gentechnik schadensersatzpflichtig zu machen.
- Patentierung von Leben ist ein absoluter Irrsinn und eine reine Blüte des

Privatkapitalismus, und zwar einer der perversesten, die eine echte Staatlichkeit sofort hätte im Keim verhindern müssen, daß nämlich durch das Entschlüsseln eines Genoms das „Recht“ an dessen Nutzung begründet wird. Das staatliche Gegenmodel wäre, daß egal, ob jemand ein Genom entschlüsselt, ein Tier, eine Pflanze oder der Mensch natürlich nicht zu Privateigentum wird, sondern staatlich geschützt ist und von jedermann genutzt werden kann.

Ende der Instrumentalisierung der deutschen (Zeit-)Geschichte

Die deutsche Geschichte ist im Sinne einer neutralen und entpolitisierten Wissenschaft sine ira et studio (Tacitus) zu behandeln. Einer weiteren Instrumentalisierung und Erpressung Deutschlands ist entgegenzuwirken. Tabus oder juristische Bedrohung sind gemäß den Vorschriften des „Human Rights Committee“ der Vereinten Nationen abzulehnen und abzuschaffen. Die Freiheit der Wissenschaft und auch deren Recht auf Irrtum oder Unsinn muß wiederhergestellt werden.

Aufzuarbeiten im Bereich der Zeitgeschichte ist die völlig unbeachtete Rolle der deutschen Opfer während des 20. Jahrhunderts. Hier sind insbesondere internationale Historiker und deren Arbeiten wie Alfred de Zayas, Ann Morrison, James Bacque, Bogdan Musial, David Vondráček, Edvin Snore, John Sack, zahlreiche russische Historiker etc. einzubeziehen, um den Opfern eine wissenschaftliche Würdigung widerfahren zu lassen.

Schuld bleibt Schuld, und Verbrechen blieben Verbrechen. Wir verneigen uns vor den Opfern deutscher Verbrechen und leisten unseren Beitrag, ihnen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu gewähren. All das ist keine Einbahnstraße. Wir erwarten Gleiches von den deutschen Opfern fremder Verbrechen und lehnen jegliche Form von Opferrassismus ab.

Eintreten für freie Wissenschaft und Forschung

Als konsequente Vertreter von Freiheit und einer freien Wissenschaft müssen auch „abwegige“ und nonkonforme Forschungsansätze [Feinstofflichkeit (Volkamer, Broers), freie Energie (Turtur, Meyl), Impfkritik (Köhnlein, Lanka), AIDS-Kritik (Duesberg, Köhnlein, Montagnier), Evolutionskritik (Zillmer), etc., etc.] zugelassen und gefördert werden und Gegenstand offizieller universitärer Forschung und Lehre sein.

Ausblick

An der tatsächlichen Neuordnung Deutschlands zu arbeiten, ist unsere vornehmste Pflicht. Das Ringen um den richtigen Weg und die optimalen Lösungen muß basisdemokratisch in einem offenen und sachlichen Disput, Widersprüche und Gegensätze aushalten.

In der Tradition konsequenten nonkonformen und freiheitlichen Denkens stehen wir im automatischen Widerspruch zum herrschenden System, seinen Parteien und seinen Medien des Mainstreams. Und die Gangart wird härter: Seit geraumer Zeit arbeiten Psychiater an der nächsten überarbeiteten Ausgabe des »Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders« (DSM, »Diagnostisches und Statistisches Handbuch psychischer Störungen«), in die sie eine ganze Reihe neuer psychischer Störungen aufzunehmen hoffen. Ziel einiger führender Verbandsvertreter ist, daß in die neue Ausgabe »Störungen« wie »Oppositional Defiant Disorder« (Aufsässigkeits-Trotz-Störung) aufgenommen, die bei Menschen festgestellt werden, die »Autoritätsfiguren gegenüber ein negativistisches, trotziges, ungehorsames und feindliches Verhalten« an den Tag legen.

Als Freidenker, die konsequent zum Erbe demokratischen und revolutionären Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts stehen, ist der Widerspruch zum und der Widerstand gegen das herrschende, spätkapitalistische System mit seinen zunehmend totalitären Strukturen zwingend und die Aufsässigkeits-Trotz-Störung quasi immanent „gebucht“ – als „moderne Geisteskrankheit“ oder mittels weiterer Repressionen seitens „Staats“- oder „Verfassungs“schutz. Sei’s drum! Diesen Widrigkeiten schleudern wir ganz im Sinne Theodor Körners entgegen:

Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten.
Vom Feinde bezahlt, doch dem Volke zum Spott!
Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten,
dann richtet das Volk, dann gnade Euch Gott!

< Zurück Weiter >

Spenden Button

ANMELDUNG - RUNDBRIEF

Name:

E-Mail:

Abonnieren

TERMINE ...HIER ANMELDEN!

- 3er Paket buchen
- Anmeldung für 16./17.02.13
- Anmeldung für 16./17.03.13
- Anmeldung für 04./05.05.13

FACEBOOK/FORUM

HIER GEHT ES ZUR FACEBOOKGRUPPE

HIER GEHT ES ZUM AUFBRUCHFORUM

VIEL FREUDE BEIM MITMACHEN!

BESUCHER

086189

heute	451
gestern	520
diese Woche	971
diesen Monat	6575
Besucher online	25

BELIEBTE BEITRÄGE HEUTE

- 13 Bereiche
- Deutschland Manifest
- Übersicht der Umfragen zu den 13 Bereichen
- Impressum
- Herzlich Willkommen
- Abstimmung
- Familie & Kinder
- Kontakt
- Gesundheit & Heilen
- Wirtschaft & Geldsystem

SOCIAL NETWORKS

T3 Framework 2
FAST. FLEXIBLE. POWERFUL.